

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Deutsche Außenpolitik militant

Reise ins Ungewisse
Ohne Verantwortung
Echter Wandel?
China und Deutschland
Spenglers Prophezeiung

WeltBlick

Israels Angriff auf den Iran
Trumps Zwischenbilanz
Polens Außenpolitik
Krieg um Kaschmir
Syrische Drusen

Forum

Kriegstüchtigkeit?!
Zum Verbot von Atomwaffen
Überredung zum Kriegsdienst

ISSN 0944-8101 | 10,00 €
ISBN 978-3-949887-27-7

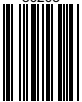


4

191574

105805

30205



Jetzt erhältlich: Ausgabe 1/2025



***Eine unabhängige und kritische Stimme
zur österreichischen Außenpolitik***

Kostenlose Probehefte: office@international.or.at und auf www.international.or.at
Wöchentliche aktuelle Kommentare, auf dem INTERNATIONAL YouTube-Kanal

Seit nunmehr drei Monaten ist die Regierung von Friedrich Merz im Amt. Die Grundpfeiler einer deutlich konservativeren Politik werden sichtbar. Insbesondere die Außen- und Sicherheitspolitik wird dabei militant. Nicht Interessen der Staaten und deren Ausgleich stehen im Vordergrund, sondern politisch erwünschte Haltungen und das Drängen auf einen Platz an der Sonne für Deutschland um jeden Preis.

WeltTrends kritisiert diese Entwicklung grundsätzlich und zeigt die Probleme dieser rückwärtsgewandten Politik deutlich auf. Im Schwerpunkt analysiert Prof. Günther Maihold den neuen außenpolitischen Diskurs der (militärischen) Stärke. Dieser basiert auf dem Denken der Systemkonfrontation und setzt außenpolitischen Einfluss mit wachsenden Rüstungsausgaben gleich. Stefan Brocza ergänzt, dass damit eine unrealistisch hohe Anzahl an Zielen erreicht werden soll. Das Militär als Lösung für (fast) alle Probleme. Zutreffend arbeitet Dr. Erhard Crome heraus, dass diese Politik die Unfähigkeit deutscher Eliten offenbart, die Weltlage realistisch einzuschätzen. Vor der daraus erwachsenden Gefahr warnt Prof. Alexej Gromyko eindringlich: Schafft es Deutschland nicht, sich in eine stabile Friedensordnung einzubringen, könnte sich Oswald Spenglers Prognose vom Untergang Europas bewahrheiten!

Nach dem Willen der neuen Regierung sollen in Zukunft gigantische Mittel in das Militär fließen. Im Forum weisen Hellmut Hoffmann und Dr. Wolfgang Schwarz detailliert die Sinnlosigkeit dieses Vorhabens nach. Zum neuen Militarismus gehört auch der Versuch, die Wehrpflicht wieder aufleben zu lassen. Albrecht Maurer analysiert den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Wehrpflicht. Noch ist eine Mehrheit der Bevölkerung gegen umfassende Modelle. Aber die Propaganda läuft. Den Abschluss des Forums bildet Juliane Hauschulz von ICAN. Zu Recht kritisiert sie die ablehnende Haltung der Bundesregierung zum Verbot von Atomwaffen.

Die Merz-Regierung wird ihr Ziel einer neuen Stärke nicht erreichen. Und das ist gut so. 🌐

Potsdam, im Juli 2025



Kai Kleinwächter
Verlagsleiter WeltTrends



4 Neues aus dem Institut

Erhard Crome

5 WeltBlick

- 5 Trumps Zollpolitik gegen China
Sergej Birjukow und Cui Heng
- 11 Kaschmir: Krieg um die nächste Generation an Kriegstechnik
Richard Ghiasy
- 15 Westasien nach Israels Angriff auf den Iran
Werner Ruf
- 18 Syrische Drusen unter israelischem Schutzschirm
Karin Kulow
- 21 Polen und die USA – Kein Öl ins Feuer
Holger Politt



26 Thema: Deutsche Außenpolitik militant

- 26 Nur Diskurswechsel oder außenpolitischer Wandel?
Günther Maihold
- 32 Erfüllt sich Oswald Spenglers Prophezeiung?
Alexei A. Gromyko
- 40 Donald Trumps zweite Amtszeit
Roland Benedikter
- 46 China und Deutschland unter geopolitischer Perspektive
Chen Zhuangying
- 54 Reise ins Ungewisse
Stefan Brocza
- 58 Deutschland und Brasilien
Luiz Ramalho
- 63 Außenpolitik ohne Verantwortung
Erhard Crome





Forum

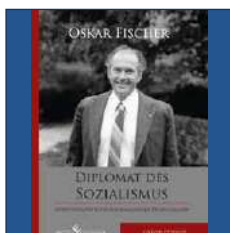
70

Krieg in Sicht? – Deutschland rüstet auf <i>Hellmut Hoffmann</i>	70
„Kriegstüchtig“ – zum Mantra der Lemminge <i>Wolfgang Schwarz</i>	77
Wider der Überredung zum Krieg(sdienst) <i>Albrecht Maurer</i>	83
Deutschlands Haltung zum Atomwaffenverbotsvertrag <i>Juliane Hauschulz</i>	89

Zwischenrufe zur deutschen Außenpolitik

95

Der Feind steht wieder im Osten <i>Sevim Dagdelen</i>	95
Experiment in Kaliningrad <i>Kerstin Kaiser</i>	97
Varoufakis im EU-Parlament <i>Erhard Crome</i>	101



Bücherschau

106

*Im Wirtschaftskrieg;
Oskar Fischer - Diplomat des Sozialismus;
Der grüne Krieg in Afrika;
Die Multipolare Welt*

Impressum

117

Kommentar

118

Die drei Illusionen des Merz
Kai Kleinwächter

Wort & Bild

120



Zeitschrift und WeltTrends-Institut für Internationale Politik (IIP) sind weiter als eigenständige „Denkfabrik“ gefragt. So gab es auch in diesem Jahr eine Reihe von Anfragen nach Referenten, insbesondere zu Themen, die mit der Bundestagswahl 2025 zusammenhängen, mit der erbärmlichen Bilanz der „Ampel-Regierung“ und den ersten Bekundungen der Merz-Regierung sowie zu den Folgen der Wahlen in den USA. Johann Wadephul – erster CDU-Außenminister seit Gerhard Schröder (bis 1966) – stellt bildungsmäßig und diplomatisch-politisch offensichtlich eine erhebliche Anhebung des Niveaus der außenpolitischen Kultur der Regierenden dieses Landes gegenüber seiner Vorgängerin dar. Gleichzeitig wirkt er oft als „His Master’s Voice“ seines Kanzlers und steht damit in Mithaftung für falsche Lagebeurteilungen in Sachen Russland und Nahost. Zu der Feststellung, dass die Angriffe Israels und der USA auf den Iran völkerrechtswidrig waren, konnte er sich nicht öffentlich durchringen. Obwohl man ihm in der Fernsehsendung an der Nasenspitze ansehen konnte, dass er das wider besseres Wissen tat.

Im Rahmen der Fellows des Instituts haben wir am 22. Mai und am 19. Juni zwei Diskussionen zu den voraussichtlichen Folgen des Regierungswechsels geführt. Im Mai hatten wir einen exploratorischen Meinungsaustausch darüber, womit wir insgesamt wohl zu rechnen haben. Im Juni waren Diskussionsgrundlage drei vorbereitete Beiträge: Karin Kulow sprach über die deutsche Nahostpolitik, Kerstin Kaiser über die Russlandpolitik und Raina Zimmering über die zu erwartende Politik gegenüber Lateinamerika.

Der Potsdamer Außenpolitische Dialog 2025 (PAD 25) wird in diesem Jahr am Sonnabend, den 29. November, wieder im Rathaus Babelsberg stattfinden, von 10 Uhr bis 16 Uhr. Inhaltlich soll es um friedenspolitische und linke Sichten auf die deutsche Außenpolitik gehen, nun nach dem Regierungswechsel und im Angesicht von Merzens Hochrüstung-ambitionen. Es wird – aus heutiger Sicht – im Rahmen von zwei Panels diskutiert, eines mit einem außenpolitischen, das andere einem eher sicherheitspolitischen Schwerpunkt. 

Dr. Erhard Crome

Kontakt: crome.institut@welttrends.de

Wird sich Oswald Spenglers Prophezeiung erfüllen?

Alexei A. Gromyko

Die gesamteuropäische Sicherheitslage hat sich verschlechtert. Eine neue Raketenkrise in Europa zeichnet sich ab. Ob es dem westlichen und dem östlichen Teil Europas gelingen wird, eine weitere Eskalation zu vermeiden und erneut eine Stabilisierung der Beziehungen zu erreichen, ist offen. Dahinter steht die Frage, ob jetzt der historische Niedergang eintritt, den Oswald Spengler mit seinem „Untergang des Abendlandes“ vorhergesagt hatte.

Europa ist seit Jahrhunderten eine Quelle der Entwicklung, Innovation, des technologischen Fortschritts und zugleich der Eroberung und Zerstörung. Seit dem Zeitalter der Entdeckungen erkundeten die Europäer neue Räume in der Welt, eroberten und unterwarfen sie. Zugleich kämpften sie ständig untereinander um Einflussphären und Kolonien. Die europäischen Imperien machten die Welt für lange Zeit eurozentrisch und teilten sie schließlich Ende des 19. Jahrhunderts größtenteils unter sich auf.

Ausgangslage

Nach den Napoleonischen Kriegen erreichte das Russische Reich den Höhepunkt seiner Macht und erstreckte sich von der Ostsee und dem Schwarzen Meer bis zum Pazifik. Nach dem Wiener Kongress von 1814/15 bildete sich ein „Konzert der Mächte“, und selbst der Krimkrieg der neuen westeuropäischen Koalition gegen Russland von 1853 bis 1856 konnte das zwischen den europäischen Imperien entstandene Kräfteverhältnis schließlich nicht zerstören.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts trat Europa in die *Belle Époque* ein. Viele blickten optimistisch in die Zukunft; man glaubte, das neue Jahrhundert werde eine Zeit des Wohlstands und des Friedens sein. Doch ausgerechnet in Europa brach der Erste Weltkrieg aus. Gegen Kriegsende verfasste der bedeutende deutsche Gelehrte Oswald Spengler den ersten Band seines Werkes „Der Untergang des Abendlandes“. Spengler hatte Recht darin, dass Europas imperiale Blütezeit der Vergangenheit angehörte. Doch der Niedergang blieb aus. Die Alte Welt überlebte und beanspruchte weiterhin

eine beherrschende Stellung in Weltpolitik und -wirtschaft, angepasst an die wachsenden Ambitionen der USA und Japans. Die internationale Gemeinschaft versuchte, eine Schutzvorrichtung vor künftigen Kriegen zu schaffen – dazu wurde der Völkerbund gegründet. Russland, das unglaubliche Prüfungen durchgemacht hatte, bewahrte nach der Oktoberrevolution nicht nur seine Staatlichkeit, sondern begann sogar, sein imperiales Erbe wiederherzustellen, und erlangte in den 1930er Jahren seinen Status als gesamteuropäisches Machtzentrum zurück.

Doch als wollte sich Europa von der Richtigkeit von Spenglers Diagnose überzeugen, verwandelte es sich in das Epizentrum eines noch schrecklicheren Blutvergießens. Die Initiativen der UdSSR zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems wurden weder von Frankreich noch von Großbritannien unterstützt. Der Zweite Weltkrieg bleibt Beispiel für den größten militärischen Konflikt der Menschheitsgeschichte, führte schließlich zum ersten Einsatz von Atomwaffen, zur Zerstörung der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch die USA im August 1945.

Dank der Bemühungen der Anti-Hitler-Koalition wurde der Feind besiegt, der „Geist der Elbe“ (Zusammentreffen sowjetischer und US-amerikanischer Truppen am 25. April 1945 an der Elbe. Red.) triumphierte vorübergehend, und in den Vereinigten Staaten setzte sich der „Roosevelt-Kurs“ durch (Gromyko 2020). Unter Führung der „Großen Drei“ wurden die UNO und das Gesamtsystem der internationalen Beziehungen von Jalta und Potsdam geschaffen. Europa erlebte erstmals seit dem 19. Jahrhundert einen neuen Aufstieg. Im Osten und in den Tiefen Nordeuropas erlangte die Sowjetunion, die das Erbe europäischer und östlicher Zivilisationen in sich trug, den Status einer den Vereinigten Staaten ebenbürtigen Supermacht. Frankreich und Großbritannien wurden als Vertreter Europas Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und später Atommächte.

Nach dem Kalten Krieg

Während des Kalten Krieges war Europa zwischen West und Ost geteilt, doch die Arbeit auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs lief auf Hochtouren. Die UdSSR wurde anerkannte Weltraummacht, startete 1957 den ersten künstlichen Satelliten und schickte 1961 den ersten Menschen ins All. In den 1970er Jahren erreichte Moskau militärische und politische Parität mit Washington. Die Entspannung setzte sich durch, und die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von Helsinki wurde

unterzeichnet. Beide Seiten begannen, ihre strategischen Offensivwaffen zu begrenzen und anschließend zu reduzieren. Parallel dazu entwickelte Westeuropa erfolgreich sein eigenes Integrationsprojekt, in dessen Rahmen 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und 1993 nach der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht die Europäische Union gegründet wurden.

Es schien, als könnten verschiedene Teile Europas, wie die UdSSR und die USA, im Rahmen der friedlichen Koexistenz eine gemeinsame Sprache finden und ihre politische, wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit weiter ausbauen, besonders nach einer neuen Welle des Kalten Krieges in der ersten Hälfte der 1980er Jahre. Zunächst herrschte nach der Perestroika Optimismus. Doch Russland wurde erneut von einer Tragödie heimgesucht – dem zweiten Zusammenbruch der Staatlichkeit innerhalb eines Jahrhunderts. Später wurde der Zusammenbruch der Sowjetunion zu Recht als größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts bezeichnet. Die Europäische Union dagegen expandierte rasch, die USA setzten auf einen „unipolaren Moment“ (Krauthammer 1990).

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts schien die EU so stark geworden, dass sie die Vereinigten Staaten als Führungsmacht der westlichen Welt ablösen wollte (Rifkin 2004; Leonard 2005). Unter Präsident George W. Bush verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Moskau und Washington, während die Handels-, Wirtschafts- und Investitionszusammenarbeit mit dem vereinten Europa zunahm. Als Reaktion auf die Invasion der USA und Großbritanniens im Irak 2003 fanden vorübergehend wieder Treffen der „Großen Drei“ statt, allerdings in anderer Zusammensetzung als während des Zweiten Weltkriegs: Moskau, Berlin, Paris.

Dennoch gelang es Europa nicht, den „Spengler-Fluch“ loszuwerden – sein neuer Niedergang begann. Grund war der Kurs der Alten Welt, sich erstens von Russland zu distanzieren und dann die Beziehungen zu ihm vollständig abubrechen, und zweitens wieder dem geopolitischen und ideologischen Mainstream der Vereinigten Staaten zu folgen. Mit dieser Strategie tappte der europäische Teil des Westens in eine künstliche Falle, die in den 2020er Jahren deutlich wurde. Doch bereits lange zuvor erlitt die EU erste Rückschläge, von innen und von außen.

Neue Krisen

Erster Vorbote kommender Probleme war die Finanzkrise von 2007 bis 2009. Die Pläne der EU, eine globale Führungsrolle zu übernehmen,

wurden zudem durch interne Probleme untergraben, darunter die Verfassungskrise von 2005 und die drohende Fragmentierung der Eurozone. Alte parteipolitische Systeme begannen zu zerfallen, rechts und links entstanden systemfremde politische Bewegungen eines „neuen Populismus“. Gleichzeitig setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Mega-Erweiterung der Europäischen Union 2004 mit ihren nachfolgenden Erweiterungen nicht nur Vorteile, sondern auch erhebliche Nachteile mit sich gebracht hatte. Die Zusammensetzung der EU wurde vielfältiger, die Zahl subventionierter Mitgliedstaaten nahm zu.

2015 begann eine Migrationskrise, die bis heute nicht beendet ist. Millionen von Menschen aus außereuropäischen Regionen strömten in die EU: Einige erhielten Flüchtlingsstatus, andere wurden zu illegalen Migranten; einige passten sich ihren neuen Wohnsitzländern an, viele begaben sich jedoch in den Schattenarbeitsmarkt oder verwickelten sich in kriminelle Aktivitäten.

Interne Meinungsverschiedenheiten in der EU führten zum Brexit – dem Austritt Großbritanniens, der zweitgrößten Volkswirtschaft der Union und Atommacht. Man kann spekulieren, wie wohlüberlegt dieser Schritt Londons war. Wäre das politische Klima innerhalb der Europäischen Union jedoch günstiger gewesen und hätten supranationale Organe nicht nach immer mehr Macht gestrebt, hätten die Brexiteers nicht die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung des Landes erlangt.

Achillesferse der EU war in den vergangenen Jahren die Dogmatisierung des Denkens vor dem Hintergrund einer aktiv geförderten neoliberalen Wirtschafts- und Sozialagenda und des „grünen“ Kurses (Green Deal). Gleichzeitig ist ein deutlicher Rückgang des Meinungspluralismus zu beobachten, den selbst die USA in den letzten Monaten bemerkt haben. Je weiter gegangen wird, desto mehr unterdrücken politische Konjunktur und Zweckmäßigkeit die wirtschaftlichen Interessen der EU-Unternehmen und -Bürger und verzerren die Gesetze der Marktwirtschaft.

Der europäische Westen hat mit massiven Problemen in der politischen Führung zu kämpfen, die natürliche Talentauswahl und das Meritokratieprinzip funktionieren schlecht: Viele supranationale Schlüsselpositionen sind mit Personen besetzt, die nicht ausreichend auf verantwortungsvolle Arbeit vorbereitet, aber extrem ehrgeizig sind. Ähnliche Prozesse auf nationaler Ebene, was insbesondere die Regierungsumbildung in Großbritannien und der Rekordrückgang der Popularität des Präsidenten und des Kabinetts in Frankreich zeigten. Ein weiteres markantes Beispiel ist die

Reihe von Fehlentscheidungen deutscher Politiker, wodurch sich Deutschland das dritte Jahr in Folge in einer Rezession befindet. Unter anderem wurde die Inkompetenz der deutschen Grünen offenbar, darunter der ehemalige Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock. Die deutsche Atom- und Kohleindustrie wurde praktisch stillgelegt, die Automobilindustrie, die Metallurgie und die Chemieindustrie der Bundesrepublik gerieten in eine schwierige Lage. Nach dem Zusammenbruch der vorherigen Regierungskoalition gab die Bundesregierung die Schuldenbremse überstürzt auf. Am Ende müssten die Mittel für eine deutliche Steigerung der Militär- und Infrastrukturausgaben entweder aus der zivilen Wirtschaft abgezogen oder durch Erhöhung der Staatsverschuldung auf den Finanzmärkten beschafft werden.

Der europäische Westen hat auf die zweite Präsidentschaft von Donald Trump auf eigentümliche Weise reagiert. Die EU-Führung beschloss, die „Last der freien Welt“ zu übernehmen, und setzt auf das, was der US-Präsident und seine Anhänger vermeiden wollen: eine maximale Verlängerung des Ukrainekrieges und die Fortsetzung des selbstzerstörerischen Sanktionskrieges gegen Russland. Paradoxiertweise geben die EU-Länder, während sie sich in einer Reihe von Fragen gegen das Weiße Haus stellen, gleichzeitig enorme Summen für den Kauf amerikanischer Militärprodukte aus, und kaufen zunehmend teures Flüssigerdgas aus den USA, das mithilfe „schmutziger“ Fracking-Technologien gewonnen wird.

Im Gegensatz zu anderen regionalen Integrationsprojekten basierte die Philosophie der EU stets auf dem Aufbau eines einheitlichen Binnenmarktes und der stetigen Stärkung supranationaler Funktionen. Die Idee war, der politische Überbau solle in erster Linie die Wirtschafts- und Handelsinteressen der EU fördern. Die Wirtschaft galt als vorrangig, der politische Einfluss darauf als zweitrangig. Dies war Grundlage für die Doktrin der „Soft Power“ – die Aufgabe, ein EU-Entwicklungsmodell zu schaffen, das von der sozioökonomischen Attraktivität der Union geprägt war.

Als sich die Philosophie „Markt ist primär, Politik ist sekundär“ jedoch umkehrte, zeigte sich, dass Politik, die die EU zu einer supranationalen Einheit machen will, dem Binnenmarkt nicht nur nützen, sondern ihn auch behindern und sogar schädigen kann. Aus dem „kleinen Staat“, der die europäische Wirtschaft unterstützte, wurde ein „großer Staat“. Die EU entscheidet nun selbst, in welchen Fällen Wirtschaftspolitik auf Profit ausgerichtet sein soll und wo nicht Profit, sondern anderes wichtiger ist, etwa Geopolitisierung, nationale oder supranationale Interessen im Bereich der

europäischen Sicherheit, wie sie von einer herrschenden Gruppe verstanden werden.

Das neoliberale Globalisierungsmodell, das im Thatcherismus und den Reaganomics wurzelt, hat sich weitgehend überlebt, doch was ersetzt das? Das Kind wird mit dem Bade ausgeschüttet. Anstelle einer Wohlstandsgesellschaft (Galbraith 1958) entsteht eine Produktionsgesellschaft, in der die Gewährleistung von Sicherheitsinteressen zur obersten Priorität wird, selbst wenn dies zu sinkenden Realeinkommen der Bevölkerung führt.

In dieser Situation ist das „Den-Gürtel-enger-Schnallen“ nicht mehr eine Methode zur Wiederbelebung des Wohlfahrtsstaates, sondern ein Versuch, die Idee des Wohlfahrtsstaates selbst zu ersetzen. Heute geht es um die Gewährleistung nationaler oder supranationaler Sicherheit und nicht um einen Gesellschaftsvertrag im früheren Sinne, bei dem jede neue Generation besser leben sollte als die vorherige.

Die gesamteuropäische Sicherheitslage verschlechtert sich. Eine neue Raketenkrise in Europa zeichnet sich ab, ähnlich der Euromissile-Krise in der ersten Hälfte der 1980er Jahre. 2019 traten die USA aus dem INF-Vertrag von 1987 aus. Washington beginnt mit der dauerhaften Stationierung konventioneller Mittelstreckenraketen im Pazifik, um China einzudämmen. Unter Biden wurden mehrfach Mittelstreckenraketenysteme vom Typ Typhon nach Europa gebracht, unter anderem auf die dänische Insel Bornholm. Es wurde jedoch erklärt, dies geschehe nur für Übungszwecke.

Die Gefahr wird sich deutlich erhöhen, wenn die USA und Deutschland ab Februar 2026 mit der Umsetzung der im Sommer 2024 auf dem NATO-Gipfel in Washington verabschiedeten bilateralen Gemeinsamen Erklärung beginnen. Es geht um die dauerhafte Stationierung konventioneller Mittelstreckenraketenysteme in Deutschland – SM-6-Raketen, Tomahawk-Marschflugkörper und Dark Eagle-Hyperschallraketen. Russland und den USA bleibt nur noch wenig Zeit, die Verhandlungen über die Zukunft der strategischen Stabilität wiederaufzunehmen und das von Russland vorgeschlagene Moratorium für die Stationierung konventioneller und nuklearer Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa zu erörtern.

Fazit

Eine Reihe strategischer Fehler sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik der Europäischen Union führen dazu, dass der europäische Teil des Westens nicht an Einfluss gewinnt, sondern an Einfluss auf der

Weltbühne verliert. Viele Probleme der EU werden im Draghi-Bericht überzeugend aufgezeigt (Draghi 2024). Die Union befindet sich seit mehreren Jahren in einer Stagnationsphase, in der die BIP-Dynamik negativ oder nahe Null ist. Die Risiken der Deindustrialisierung nehmen zu, der einst prosperierende Wohlfahrtsstaat in Europa wird abgebaut. Die EU-Behörden haben die bisherige Philosophie der „Soft Power“ aufgegeben und sind zu Militarisierung und Geopolitisierung übergegangen. Die Entfesselung eines neuen Wettrüstens wird der EU jedoch nicht helfen, ihre strukturellen Probleme zu lösen.

Russland und Deutschland befinden sich in einer Atmosphäre gegenseitiger Feindseligkeit. Auslöser war der Kurs Berlins unter der Regierung von Olaf Scholz, die Beziehungen zu Moskau vollständig abubrechen und im Kontext der Ukrainekrieg einen groß angelegten Stellvertreterkrieg gegen Russland zu führen (Gromyko 2023). Sichtbare Änderungen in der Politik der neuen Koalitionsregierung der BRD unter Friedrich Merz gibt es bisher nicht (Belov 2025). Spenglers Prophezeiung ist aktueller denn je. Ob es dem westlichen und östlichen Teil Europas gelingen wird, eine weitere Eskalation zu vermeiden, zu einem kontrollierten Modus der Rivalität und anschließend zu einer Stabilisierung der Beziehungen überzugehen und Rüstungskontrollprozesse wiederzubeleben, ist eine offene und existenzielle Frage. 🌐

Literatur

- Spengler, Oswald (1918): *Der Untergang des Abendlandes. Umriss der Morphologie der Weltgeschichte*. Erster Band: *Gestalt und Wirklichkeit*, München, C.H. Beck.
- Spengler, Oswald (1922): *Der Untergang des Abendlandes. Umriss der Morphologie der Weltgeschichte*. Zweiter Band: *Welthistorische Perspektiven*, München: C.H. Beck.
- Belov, Vladislav (2025): *The First Government Statement of Friedrich Merz: Self-Legitimation and Mobilization*. Analytical papers of the Institute of Europe RAS. No 17, vgl. <https://www.instituteofeurope.ru/images/news/052025/an385en.pdf>.
- Draghi-Bericht (2024): *The Future of European Competitiveness*, vgl. https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/draghi-report_en
- Galbraith, John Kenneth (1958): *The Affluent Society*. Boston, Houghton Mifflin.

- Gromyko, Alexej A. (2020)/ Громыко Ал.А. (2020): *Рождение послевоенного мира: планы и реалии (к 75-летию Великой Победы и создания ООН)*. Москва: Издательство «Весь Мир». 36, vgl. <https://www.instituteofeurope.ru/images/stories/structura/gromyko/2020/gromyko2020-75.pdf>
- Gromyko, Alexej A. (2023): Kubakrise 2.0? Zur nuklearen Dimension in Stellvertreterkriegen. In: *Das Argument* No. 340.
- Krauthammer, Charles (1990): The Unipolar Moment. In: *Foreign Affairs*, January 1, 1990, vgl. <https://www.foreignaffairs.com/articles/1990-01-01/unipolar-moment>.
- Leonard, Mark (2005): *Why Europe will run the 21st century*. New York, Public Affairs.
- Rifkin, Jeremy (2004): *The European dream. How Europe's vision of the future is quietly eclipsing the American dream*. New York, Jeremy P. Tarcher Inc.

Prof. Dr. Alexej Anatoljewitsch Gromyko

geb. 1969, Historiker, Direktor am Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAS), Vorsitzender der Russischen Assoziation für Europastudien, Korrespondierendes Mitglied der RAS
alexey@gromyko.ru



ANZEIGE



Dmitrij Trenin, Sergej Awakjanz, Sergej Karaganow
Von der passiven zur aktiven Abschreckung
Russlands neue Sicherheits- und Geopolitik

Bereits vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine war es schwer, Wissen über das strategische Denken in Russland zu erwerben. Analysen wurde durch ideologische Vorurteile und Vermutungen ersetzt. Mit den westlichen Sanktionen gegen Politik und Wissenschaft gibt es keinen offiziellen Austausch auf diesen Gebieten mehr. Diese Leerstellen sind durch ihren Mangel an Realismus gefährlich, auch für die eigene Sicherheit.

WeltTrends, Potsdam 2025 | ISBN 978-3-949887-39-0 | print 19,50 € · digital 10,00 €